

*Helga Grebing*

## Die Rezeption Friedrich Eberts im Wandel: Historiografische und persönliche Rückblicke

Die Schwierigkeit, die Lebensgeschichte historischer Persönlichkeiten zu schreiben

Friedrich Ebert gehört zu den wenigen deutschen historischen Persönlichkeiten, die seit ihrem ersten öffentlichen Auftreten bis heute immer wieder in der Diskussion geblieben sind. Gelehrte oder doch wenigstens gelernte Historiker, angelernte Journalisten, messerscharfe, meist ideologisch geprägte Kritiker und übereifrige Verteidiger folgen seinen Spuren, wissen oft alles besser als Ebert selbst, manchmal erteilen sie ihm sogar Ratschläge, wie er es hätte besser machen können – als nüchterner Pragmatiker in der Revolution 1918/19 oder als Reichspräsident des neuen republikanischen Volksstaates. An allem, was nicht gelang, war er Schuld, denn die, die so fragen, wissen ja, was richtig gewesen wäre. Auch die, die ihn verteidigen, wissen natürlich ebenfalls, was richtig war und schmücken ihn oft mit Lorbeeren, die er vielleicht gar nicht gewollt hätte.

Warum wird gerade Friedrich Ebert (aber beileibe er nicht allein) so behandelt? Nun sind Historiker eigentlich nicht die Oberlehrer der Nation und schon gar nicht die Staatsanwälte oder Richter der Geschichte. Sie sollen erklären und im Erklären aufklären. Bei dieser Arbeit bleiben sie jedoch ihrer jeweiligen Gegenwart verhaftet und erweisen sich als nicht unbeeinflusst von ihren persönlichen Grundüberzeugungen. Das gilt auch und gerade für Historiker, die sich für ‚objektiv‘ halten und gerne Kollegen, die ihre Kriterien offenlegen, als unwissenschaftlich und parteiisch abstempeln und zu den Akten der Zunft legen möchten.

Biografen oder Verfasser von Teilen der Lebensgeschichte von historischen Persönlichkeiten haben es doppelt schwer. Denn wer Biografisches schreibt, teilt unvermeidbar so Manches über sich selbst mit. Die Subjektivität des Interpreten ist und bleibt Bestandteil der Interpretation, gibt aber auch die Möglichkeit zu vertiefter Empathie gegenüber dem zu Betrachtenden, bildet oft die Grundlage für das Ausmaß der Plausibilität der Forschungsergebnisse. Denn „die“ Wahrheit, die letzte Wahrheit sollte ein sich selbst reflektierender Historiker nicht verkünden wollen – sie bleibt letztlich im Verborgenen – für alle.

### Historiografische Stilisierungen Friedrich Eberts in den 1950er Jahren

Bereits in der Weimarer Republik erfolgte eine mehrfache Stilisierung von Friedrich Ebert: Für die Rechten war er der „Landesverräter“ und für die Linken der „Arbeiterverräter“. Demgegenüber versuchte Arthur Rosenberg mit seinen Büchern „Entstehung der Weimarer Republik“ (1928) und (1935 im Exil) „Geschichte der Weimarer Republik“ eine seriöse Darstellung. Drei kritische Punkte beherrschten Rosenbergs Deutung: 1) die auf Wahlrecht und Sozialpolitik beschränkte Kompetenz der Volksbeauftragten, voran Ebert; 2) die Folgen ihrer Aversion gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten, dies besonders stark bei Ebert; 3) die Unzulänglichkeit nicht nur Eberts „in allen militärischen Fragen“.

Die Sozialdemokratie, so entschied der zeitweise kommunistische Intellektuelle Rosenberg, hatte sich vor 1914 selbst revolutionsunfähig gemacht, und das erklärte in gewisser Hinsicht die Handlungsfehler in der Revolution: „Was sich in der deutschen Revolution rächte, war die unzulängliche politische Schulung der deutschen Sozialdemokratie vor 1914. Wenn man überhaupt einen einzigen Schuldigen suchen will, dann hätte es viel mehr historische Berechtigung, August Bebel zu benennen, als Ebert oder Scheidemann.“<sup>1</sup>

Die Rosenberg'sche Deutung fand nach 1933 unter Exilanten und westlichen Interessenten viel Aufmerksamkeit und galt als Schlüssel für das Scheitern der Weimarer Republik und für die zerstörerische Kraft des Nationalsozialismus. Erst in den 1950er Jahren erfolgte in der Bundesrepublik eine Umstilisierung:<sup>2</sup> Die von den Nazis so genannten „Novemberebrecher“, voran Friedrich Ebert, wurden nun zu würdigen Söhnen des deutschen Volkes aus dem Arbeiterstand, die sich mit Staat und Nation identifiziert hatten und nicht mit ihrer Klasse. Aus dieser Deutung erwuchs die Wiederherstellung einer erwünschten Tradition, wie Reinhard Rürup diesen Vorgang nannte.<sup>3</sup> Auf der Suche nach Identität für die neue Republik konnte der restaurative Charakter der demokratischen Entwicklung nach 1945 mit dem Hinweis auf den konservativen Grundzug der deutschen Demokratie, den in kritischer Zeit bewahrt zu haben wesentlich Ebert zugeschrieben wurde, legitimiert und zugleich den Bedürfnissen des Kalten Krieges entsprochen werden.

Drei Beispiele für diese Argumentationslinie: Karl-Dietrich Erdmann behauptete 1955 in direkter Auseinandersetzung mit Arthur Rosenberg, 1918/19 habe sich der Entscheidungsspielraum beschränkt „auf die Wahl zwischen einem konkreten Entweder-Oder: die soziale Revolution im Bunde mit den auf die proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bunde mit konservativen Elementen wie dem alten Offizierskorps“.

Ähnlich Karl Buchheim: Die Republik sei die gemeinsame Schöpfung der Sozialdemokratie und des Heeres gewesen. Oder der Ebert-Biograf Georg Kotowski, der zwar nicht die Macht der Volksbeauftragten, die Sozialisierung durchzuführen, bestreitet, wohl aber ihren Sinn in der gegebenen historischen Situation. Eine solche Politik hätte seiner Meinung nach einen Bürgerkrieg ausgelöst, der nicht mit dem Sieg der Sozialdemokratie geendet hätte; auch wäre im Falle einer „radikalen sozialistischen Politik“ „die Gefahr eines Zerfalls des Reiches“ herauf beschworen worden. Ebert ist deshalb für das langjährige CDU-Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus Georg Kotowski das „Symbol für die Wandlung der deut-

- 1 Arthur Rosenberg: *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*. Herausgegeben von Kurt Kersten, Frankfurt am Main 1955, S. 299.
- 2 Vgl. Helga Grebing: *Konservative Republik oder soziale Demokratie? Zur Bewertung der Novemberrevolution in der neueren westdeutschen Historiographie (1969)*, in: Helga Grebing (Hg.): *Die deutsche Revolution 1918/19*, Berlin 2008.
- 3 Vgl. Reinhard Rürup: *Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte (1993)*, in: Grebing (Hg.): *Die deutsche Revolution 1918/19*. Vgl. auch ders.: *Der 9. November in der deutschen Geschichte. Zur Erinnerungskultur in einer demokratischen Gesellschaft*, in: *Der 9. November in der deutschen Geschichte*, hg. vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, Berlin 2009.

schen Sozialdemokratie von einer staatsfeindlichen zu einer staatstragenden Partei“.<sup>4</sup> Nicht nur Kotowski, sondern auch die beiden anderen genannten Autoren gehörten der CDU an. Wohl kaum ein Zufall.

## Neue Bilder von Ebert und der Revolution 1918/19

Als 1963 als Schlusslicht des konservativen Ebert-Kultes Kotowskis Ebert-Biografie, die nur bis 1917 reichte, erschien, war bereits das erste Highlight der neuen Deutungsrunde erschienen: nämlich 1962 Eberhard Kolbs „Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919“ (beruhend auf seiner Dissertation aus dem Jahre 1959). Ein Vorläufer der Kolb'schen Untersuchung war die bereits 1953 erschienene Arbeit von Walter Tormin über „Rätediktatur und soziale Demokratie“. Auf Kolb folgte 1963 Peter von Oertzen mit seiner Arbeit über „Betriebsräte in der Novemberrevolution“. Weitere Arbeiten über die Neubewertung der Revolution 1918/19 und die Rolle Eberts in ihr wurden bis in die 1970er Jahre hinein vorgelegt. Man kennt die Namen alle: Reinhard Rürup, Susanne Miller, Gerhard A. Ritter, Heinrich Potthoff, Ulrich Kluge, Peter Lösche, Klaus Schönhoven, Peter Brandt und mittendrin Helga Grebing. Eine Generation, wie auch immer man den Begriff füllen würde, bildeten sie nicht – die Älteste war 1915 geboren, der Jüngste 1948. Aber sie teilten, gleich ob jung oder alt, Lebenserfahrungen, Auseinandersetzungen und Einsichten: die nationalsozialistische Diktatur, die Verfolgung der Arbeiterbewegung, die konservative Begründung der Bundesrepublik, den Beginn ihrer sozialliberalen Umgründung. Sie fahndeten nach dem „dritten Weg“ in der Geschichte, und manche, so auch ich, verlegten ihre utopisch-emanzipatorischen Hoffnungen in die Vergangenheit zurück, um so ihr Handeln in der Gegenwart zukunftssicherer zu machen. Stürmische Systemveränderer, wie die konservativen Kollegen meinten, waren sie nicht, aber von den 12 Genannten waren oder wurden nur drei nicht Mitglied der SPD. Zugegeben, wohl auch kaum ein Zufall.

Die Thesen der genannten Autoren über Friedrich Ebert lauten knapp zusammengefasst: Es war Eberts und seiner Mitstreiter Bestreben, durch eine in kürzester Frist einberufene verfassungsgebende Nationalversammlung die revolutionäre Bewegung zu kanalisieren. Die Revolution war aus dieser Sicht für sie bereits am 9. November 1918 beendet. Aber ihr Programm der Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit war nur, so sahen sie es, mit Hilfe der alten obrigkeitstaatlichen Bürokratie und der kaiserlichen Armee erfolgreich. Die sozialdemokratischen Führer hatten also im November 1918 keine in die Zukunft weisende, die revolutionäre Situation ausnutzende demokratisch-sozialistische Konzeption für die Neuordnung von Staat und Gesellschaft, die schaffen zu wollen der große Anspruch der Sozialisten seit Anfang des Bestehens der Arbeiterbewegung gewesen war.

Besonders verhängnisvoll für die weitere Entwicklung der Republik und das Verhältnis der Arbeiterbewegung zu ihr war, so die weiteren Thesen, dass die SPD-Führung 1918/19 sich um die Anerkennung ihrer Politik mit der Auffassung bemühte, sie führe ihren Kampf für

4 Für Erdmann und Buchheim vgl. Anmerkung 2. Georg Kotowski: Friedrich Ebert. Eine politische Biographie, Band I, Wiesbaden 1963, Zitat S. XI.

Deutschlands Rettung vor dem Bolschewismus, womit sie aber angesichts der Minderheitenposition der deutschen Linksradiكالen die politische Wirklichkeit verfehlte. Mit ihrer Zurückdrängung der Arbeiter- und Soldatenräte, die überwiegend sozialdemokratisch orientiert waren, beraubten sie sich selbst eines zuverlässigen Instruments zur demokratischen Durchdringung und Kontrolle des Verwaltungsapparates. Eine offenere Einschätzung der revolutionären Kräfte und die Einsicht in die Notwendigkeit einer tatsächlichen Änderung auch der gesellschaftlichen Machtverhältnisse hätte einer dritten Möglichkeit, die zwischen bolschewistischer Diktatur und Bündnis mit dem alten Militär lag, Raum schaffen können: „einer neuen, volkstümlichen Republik“ (A. Rosenberg). So aber wurde die Revolution zu einer verpassten Chance herunter gestuft, ja, sie scheiterte. Die Verantwortung dafür trug in erster Linie Friedrich Ebert.

### Eigene Deutungen und ihre Folgen

Ich übergehe den journalistischen Produzenten von Massenware Sebastian Haffner, der in seinen Produkten mal nach rechts, mal nach links schillerte und uns 1969 die seither immer wieder aufgelegte „verratene Revolution“ bescherte – verraten natürlich von Ebert und der Sozialdemokratie. Ich streife auch nur den schon früh immer zum Besserwissen neigenden Hans-Ulrich Wehler, der es schon 1973 in der 1. Auflage seines „Kaiserreichs“ alles genau wusste: Die Massen seien 1918 bereit gewesen, „aktiv die Errichtung einer genuin demokratischen Ordnung zu unterstützen – doch ihre politische Führung versagte“.<sup>5</sup> Ich will mich lieber meinen eigenen Sünden zuwenden. Auch meine Abrechnung mit Friedrich Ebert im Jahre 1971, erschienen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ zum 100. Geburtstag Eberts, fiel reichlich arrogant aus – geschrieben aus der Sicht einer Politikwissenschaftlerin, die sich gerade mit den postfaschistischen konservativen Demokratie-Auffassungen nach 1945 kritisch auseinandergesetzt hatte.<sup>6</sup>

Ebert, heißt es bei mir, beschritt den Weg von der (negativen) Integration zur (moderaten) Identifikation, der trotz des offiziellen Republikanismus der Sozialdemokratie den Frieden mit der Monarchie nicht ausschloss. Ebert hatte keine systemüberwindende Strategie, die die Einheit von Theorie und Praxis im Marxschen Verständnis wiederherstellte. Der Partei fehlte mit ihm ein Führer, der wie einst Bebel den emanzipatorischen Akt stellvertretend und beispielhaft vor-vollzogen hätte. Friedrich Ebert – 1914 noch für die herrschende Klasse ein unbekannter Mann – war am 10. November von dieser als ein treuer Deutscher und Retter des Reiches erkannt, als er erklärte, die Revolution sei beendet, womit er – wie er meinte – die Kontinuität der Ordnung wiederhergestellt hatte. Als Reichspräsident

5 Hans-Ulrich Wehler: *Das Deutsche Kaiserreich* (Erstauflage 1973), Zitat aus 4., durchges. und bibliogr. erg. Aufl., Göttingen 1980, S. 221. Hoch reflektiert jedoch das Urteil in ders.: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Vierter Band. Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, der Abschnitt über den Untergang des Deutschen Kaiserreichs.

6 Helga Grebing: Friedrich Ebert. Kritische Gedanken zur historischen Einordnung eines deutschen Sozialisten, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5 (1971); dies.: *Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945*, Frankfurt am Main 1971.

begründete er seine politische Autorität neben dem dem Präsidenten zustehenden Macht- und Ordnungsinstrumentarium auf seinem persönlichen Profil eines die Kontinuität der Ordnung wahrenen „Mannes der politischen Mitte“, die sich oft genug nach rechts verschob. Das „Ebertinische“ an Ebert wirkte nach 1945 weiter in der stark kleinbürgerlichen Imprägnierung der Führungsschichten. So sei Ebert, dessen Leben in vieler Beziehung exemplarisch deutsch war, misst man seine historische Leistung, „am sinnvollsten im Rahmen einer Theorie der politischen Bedeutung der Mittelschichten in Deutschland einzubringen“.<sup>7</sup>

Auch Susanne Miller hatte in einem 1969 erstmals erschienenen Text keineswegs Zurückhaltung geübt: Es sei unverkennbar gewesen, wie wenig die sozialdemokratische Führung die Massen verstanden hätte; Versuche, das Räteystem auszubauen und auch sonst einige strukturelle Änderungen vorzunehmen, wurden „ängstlich abgewehrt“; Ebert und seine politischen Freunde wollten „jedes politische Risiko vermeiden“ und trugen „in Wahrheit dazu bei, den jungen Staat einem Höchstmaß von Risiken auszusetzen“.<sup>8</sup> Aber nicht sie, die Lebensgefährtin von Willi Eichler, sondern mich traf der Zorn der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Parteiführung. Diese hatte schon von meiner 1966 erstmals erschienenen „Geschichte der Arbeiterbewegung“ kein einziges Stück erworben (einige Landeszentralen für politische Bildung schon). Einen 1967 angeforderten Aufsatz über die Novemberrevolution hatte der damalige Chefredakteur der „Neuen Gesellschaft“, Leo Bauer, abgelehnt (der Artikel erschien dann in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“) mit der Begründung: „Man wird den Eindruck nicht los, dass Sie persönlich der Überzeugung sind, in der heutigen Forderung der APO nach einem Räteystem (...) sei das Erbe jener wieder zu finden, die ‚unglücklicherweise‘ sich 1918 nicht durchgesetzt haben.“<sup>9</sup>

Im Bundestag kritisierte der SPD-Abgeordnete Herbert Hupka, Präsident der Landsmannschaft Schlesien (übrigens so genannter halbjudischer Herkunft), die Bundeszentrale für politische Bildung, dass man so nicht mit einer so bedeutenden Persönlichkeit der Geschichte der SPD, wie es Friedrich Ebert war, umgehen könne. Die Bundeszentrale reagierte, indem mein Artikel nochmals, aber diesmal zusammen mit einem Beitrag von Peter-Christian Witt über Ebert, den die Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben hatte, veröffentlicht wurde. Die Redaktion verwies auf die „verschiedenartige Einschätzung der zeitgeschichtlichen Bedeutung Eberts“ durch beide Autoren und begründete dies mit einer unterschiedlichen „grundsätzlichen Einstellung zum Politischen“: „(...) inwieweit der Urteilende der Politik eine primär verändernde, ‚progressive‘ Funktion oder aber eine mehr bewahrende und integrierende Aufgabe zuzusimt“.<sup>10</sup>

7 Grebing: Friedrich Ebert, S. 18.

8 Susanne Miller: Die Entscheidung für die parlamentarische Demokratie (1969), in: Grebing (Hg.): Die deutsche Revolution 1918/19, Zitat S. 205.

9 Peter Brandt u.a.: Karrieren eines Außenseiters. Leo Bauer zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie 1912 bis 1972, Bonn 1983, S. 243 f.

10 Grebing: Friedrich Ebert und Peter-Christian Witt: Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1971, Nachwort der Redaktion, S. 87.

Hupka wechselte ein Jahr später wegen der Ost- und Deutschland-Politik Willy Brandts zur CDU-Fraktion. Mich, die ich bei Erscheinen des Ebert-Artikels bereits seit 23 Jahren der SPD angehört hatte, traf nicht das gleiche Schicksal wie 1954 Willy Huhn, der wegen seiner Kritik an der Rolle der Sozialdemokratie in der Revolution 1918/19 aus der SPD ausgeschlossen wurde.<sup>11</sup> Daran dachte 1971 in der SPD, deren Vorsitzender nun Willy Brandt hieß, wohl niemand.

Aber ich blieb erst einmal für etliche Jahre *persona non grata* für die Friedrich-Ebert-Stiftung. 1974, ich war inzwischen nicht mehr Privatdozentin an der Frankfurter, sondern Lehrstuhlinhaberin an der Göttinger Universität, fuhr nach dem Tod von Georg Eckert sein Institut für Sozialgeschichte an Göttingen vorbei, wo es der niedersächsische Kultusminister von Oertzen gerne gesehen hätte, nach Bonn zur Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Mitwirkung an der großen „Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung seit dem 18. Jahrhundert“ blieb mir verwehrt. Aber 1996 wurde mir vom damaligen Vorsitzenden Holger Börner die Mitgliedschaft im Verein der Friedrich-Ebert-Stiftung angetragen. Ich habe sie angenommen, galt sie doch „Persönlichkeiten, die sich um die demokratische Erziehung des deutschen Volkes besonders verdient gemacht haben“.

## Die historiografische Neuorientierung seit den 1980er Jahren

Seit den 1980er Jahren, so erscheint es rückblickend, erfolgte eine Neuorientierung der Ebert-Deutung. Bereits Mitte der 1970er Jahre hatte dazu Richard Löwenthal den Anstoß gegeben. Er hatte zwar ebenfalls danach gefragt, warum die sozialdemokratische Führung in der Revolution 1918/19 eine Politik verfolgt habe, die die Vollendung der Revolution verhinderte, aber seine Antwort verlief anders als der Mainstream der Begründungen: Revolutionen in hochkomplexen Industriegesellschaften werden a priori durch einen „Anti-Chaos-Reflex“ kanalisiert und begrenzt, so auch diese, so in diesem Fall durch die Sozialdemokratie, der Erbin einer großen Tradition des demokratischen Kampfes in Deutschland im Interesse der Sicherung der neuen demokratischen Republik.<sup>12</sup>

Mit dem Ende der großen emanzipatorischen Hoffnungen der 1970er Jahre und der Rückkehr zu einem eher zu realitätsbezogenen Pragmatismus wurden durch die Ebert-Biografen nun die historischen Spielräume skeptischer beurteilt und die Zahl der verpassten Chancen verringert, weil ihre Beweisbarkeit angezweifelt werden musste. Die Einstellung zu Friedrich Ebert wurde gelassener, und man ließ sich auf die Erörterung seiner Prioritätensetzung ein. Er wollte den Krieg zu einem für das deutsche Volk erträglichen Abschluss bringen; er sah mögliche Katastrophen drohen, die er verhindern wollte; er strebte nichts anderes an als das, was seine Partei auch wollte und dies seit Jahrzehnten: eine vom Volk getragene, möglichst breite, freie und für soziale Fragen offene demokratische Ordnung, eine Republik, die die nationale Kontinuität zu bewahren in der Lage war.

11 Vgl. Willy Huhn: *Der Etatismus der Sozialdemokratie*, Freiburg 2003 (Textauswahl).

12 Richard Löwenthal: *Die Deutsche Sozialdemokratie in Weimar und heute. Zur Problematik der „versäumten“ demokratischen Revolution (1974)*, in: Grebing (Hg.): *Die deutsche Revolution 1918/19*.

Normative Anforderungen und Erwartungen an Ebert wurden abgetragen und falsche Messlatten weggeräumt. Ebert konnte und wollte kein August Bebel sein, er war auch kein charismatischer Führer, aber ein guter Organisator, wie ihn die Partei als Massenbewegung brauchte. Zudem wurde diese bis 1917 durch eine kollektive Führung gelenkt, in der Philipp Scheidemann mit seiner volkstribunenhaften Attitüde der Öffentlichkeit bekannter war als Ebert. Erstmals in den Blick der Forschung kamen unpathetisch und informativ persönliche Befindlichkeiten Eberts, wie seine tiefe Betroffenheit über den kurz aufeinander folgenden Kriegstod zweier seiner Söhne, die fast noch Kinder waren. Angesprochen wurden auch die psychisch-physischen Belastungen nicht nur Eberts durch den Ablauf der Ereignisse. Der Eindruck von möglicher Überforderung erhielt ein manches erklärendes Gewicht.

Es stimmt, so die inzwischen vorliegende Forschung, dass Ebert nicht einverstanden gewesen ist mit Scheidemanns Aktion am 9. November 1918, die „freie deutsche Republik“ auszurufen und mit ihr verknüpft die Bildung einer „Arbeiterregierung“ zu versprechen. Nicht einverstanden war er, nicht weil er ein Anhänger der Monarchie war, wie ihm immer wieder unterstellt wird, sondern weil er fürchtete, die reformbereiten Bürgerlichen (unter ihnen Matthias Erzberger, der Zentrumschef), mit denen er im Interfraktionellen Ausschuss des Reichstags 1917 zusammengearbeitet hatte, würden verprellt und nicht seinen Weg zur Nationalversammlung mitgehen. Diese Bürgerlichen brauchte Ebert jedoch, um den Ergebnissen der Revolution eine Legitimation zu geben. Bei den letzten Reichstagswahlen im Jahre 1912 war die SPD mit ihren 34,8 % noch weit entfernt von einer Mehrheit gewesen, und bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 erhielten MSPD und USPD zusammen mit 45,3 % immer noch nicht die Mehrheit.

Dass die immer wieder kritisierte überzogene Furcht vor dem Bolschewismus trotz der Minderheitenposition der deutschen Linksradiكالen um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nicht ganz unberechtigt gewesen ist, wird inzwischen nicht mehr total in Frage gestellt. Ebert hatte die Ereignisse des Jahres 1917 in Russland vor Augen; er fand sich konfrontiert mit den eifernden maßlosen Angriffen auf ihn und den Rat der Volksbeauftragten in der „Roten Fahne“ besonders aus der Feder von Rosa Luxemburg, mit der er den gleichen Geburtsjahrgang teilte. Rosa Luxemburgs Auffassung über die russische Revolution, die ihr später auch unter Sozialdemokraten große Achtung verschaffte, kannte niemand, sollte niemand kennenlernen – schließlich sahen sich die deutschen Kommunisten mit den Bolschewiki, wenn man auch nicht alles richtig fand, was diese taten, in einem Boot. Umgekehrt hatte der Generalsekretär der Labour Party, Arthur Henderson, 1917 Russland bereist und war mit dem Urteil zurückgekehrt: Mit uns, den demokratischen Sozialisten, und den Bolschewiki geht es nicht. Mehr noch: Er war davon überzeugt, dass die im parlamentarischen System verankerte Sozialdemokratie als Bollwerk gegen die Bolschewiki und den Bürgerkrieg gestärkt werden müsse.<sup>13</sup>

13 Gottfried Niedhart: Friedensvorstellungen, Gewaltdiskussion und Konfliktverhalten in der britischen Labour Party 1919–1926, in: Wolfgang Huber/Johannes Schwerdtfeger (Hg.): Frieden, Gewalt, Sozialismus, Stuttgart 1976, S. 649.

Das Programm des Rates der Volksbeauftragten setzte durchaus innovative, der politischen Lage angemessene Zeichen, und weitere wurden angekündigt. Aber alle guten und vernünftigen Vorhaben wurden durch die Unterschätzung der Bedeutung des alten Militärs und der überkommenen Bürokratie, die man für unverzichtbar hielt, belastet. In Österreich, darauf hatte schon Richard Löwenthal hingewiesen, hatte man es besser gewusst und mit der Aufstellung einer demokratischen Armee unter wesentlicher Beteiligung sozialdemokratischer Arbeiter gezeigt, dass das Bündnis mit dem Oberkommando des kaiserlichen Heeres und der Aufbau von Freikorps nicht unvermeidbar war. Die militärische Niederschlagung des Januaraufstandes verwandelte dann die bis dahin fast unblutige Revolution in einen Bürgerkrieg, mit dem die Revolution im eigentlichen Sinne tatsächlich beendet war. Mitten durch die Revolution hindurch hatte sich die Gegenrevolution in Marsch gesetzt, und der Grundstein für die politische Neuordnung, die Republik, blieb zwar stehen, aber auf unsicherem Boden.

So etwa und zeitbedingt verkürzt wiedergegeben haben Historiker seit den 1980er Jahren die vielen meist negativen Ebert-Bilder, zu denen dann seit 1989 auch noch die der DDR-Geschichtsschreibung gehörten, zu einem weitgehend Akzeptanz findenden Bild zusammengefügt. Reinhard Rürup, Klaus Schönhoven, ich selber,<sup>14</sup> aber vor allem die vielschichtigen Veröffentlichungen der 1986 gegründeten „Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte“ in Heidelberg haben dazu beigetragen. Die 2006 erschienene, 1064 Seiten starke Ebert-Biografie von Walter Mühlhausen und die komplementären Arbeiten von Bernd Braun<sup>15</sup> sind nun die Schluss-Steine dieses historiografischen Bemühens, Friedrich Ebert nicht aus dem Sozialismus auszubürgern, aber ihn erst recht nicht zum Parteigänger der deutschen Konservativen zu erheben.

Doch ganz so harmonisch ist die Lage am Ende des 20. Jahrhunderts nicht gewesen. Da hat Heinrich August Winkler darauf bestanden (und das gilt bis heute), den 1918/19 regierenden Sozialdemokraten ins Stammbuch zu schreiben: „Der Handlungsspielraum (...) war größer, als sie meinten. Sie hätten folglich bei stärkerem politischen Gestaltungswillen mehr verändern können und weniger bewahren müssen.“ „Hätten“, „müssen“ – also des Historikers Weisheit letzter Schluss?!<sup>16</sup> Andere Autoren wie Horst Möller und Eckhard Jesse fanden sich berufen, den Vertretern eines „dritten Weges“, der längst im Reich der Träume abgelegt war, Illusionismus vorzuwerfen; sie indessen fanden die so genannten Spielräume eingengt, gar nicht vorhanden oder richtigerweise nicht genutzt; da gab es dann auch von ihnen keine

14 Für Rürup vgl. die Angaben in Fußnote 3. Klaus Schönhoven: Die Revolution von 1918/19 in Deutschland, in: Peter Wende (Hg.): Große Revolutionen in der Geschichte, München 2000; Helga Grebing: Friedrich Ebert. Von der Verantwortung für die Demokratie in Deutschland, Heidelberg 1996.

15 Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006; Bernd Braun: Generation Ebert, in: Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005.

16 Heinrich August Winkler: Vom Kaiserreich zur Republik. Der historische Ort der Revolution von 1918/19 (1997), in: Grebing (Hg.): Die deutsche Revolution 1918/19, S. 269.

verpassten Chancen zu entdecken.<sup>17</sup> Von dieser konservativen Option zu unterscheiden sind die Auffassungen von Peter-Christian Witt über Ebert, den er eine „einzigartige Figur“ nennt und dessen Zielsetzungen in der Revolution, nämlich „der demokratische, soziale, parlamentarisch regierte Verfassungsstaat“ er als der Situation angemessen betrachtet;<sup>18</sup> er sieht Eberts Leistungen gerade darin, sich von den überholten Endzielvorstellungen seiner Partei getrennt zu haben. Dies versteht er wohl als ein Beispiel für die historische Kontinuität sozialdemokratischer Vernunft.

### Und jetzt brechen die alten Gräben wieder auf?

Die Ebert-Forschung der 80er und 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts hat sich selber bewiesen, dass die Geschichtswissenschaft sich nicht als eine normative Wissenschaft versteht. Was sie am überzeugendsten leisten kann, ist die penible und plausible Rekonstruktion vergangenen politischen Denkens und Handelns, und dies, wenn es sein muss, immer wieder erneut. Anders gesagt: Sie sollte nicht mehr wissen wollen, warum was angeblich falsch war, gescheitert ist oder auch richtig war und gelungen ist, sondern sie sollte nach Antworten auf die Frage suchen, warum Menschen so gedacht und gehandelt haben, wie sie es taten, und nicht, wie sie hätten handeln sollen. Aus dieser Sicht bekommt eine Bemerkung von Hans Mommsen in seiner jüngst veröffentlichten Aufsatzsammlung einem konsensfähigen salomonischen Urteil gleich: „Wie auch immer man die Politik Friedrich Eberts, des unbestrittenen Führers der Sozialdemokratie, in den Umsturzwochen nach dem November 1918 im Einzelnen beurteilt (...), verdiente[n] seine Entschlossenheit, so rasch wie irgend möglich die Wahl zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung zu betreiben, (...) rückhaltlose Anerkennung.“<sup>19</sup>

Jetzt zu Beginn des 21. Jahrhunderts, wo alles zu wackeln beginnt und sich dennoch fast nichts wirklich bewegt, brechen auch die alten Gräben wieder auf. Während sich die Sozialdemokratie gerade gelöst hat von den Resten der auch in ihren Reihen wirkenden Rosa-Luxemburg-Mystifizierung und eine nüchtern abgewogene Einstellung zu Friedrich Ebert gefunden hat, geht es rechts und links in entgegengesetzte Richtungen weiter. Der Jesse-Schüler Alexander Gallus vertritt die höchstens auf die neue Bürgerlichkeit passende These, dass die Revolution von 1918/19 eine „vergessene“ wäre und „der Systemwechsel von 1918/19 ein Mauerblümchen-Dasein im wild wuchernden Garten der deutschen Erinnerungskultur spielen“ würde.<sup>20</sup> Der jungkonservative Gallus hält der Sozialdemokratie vor, bis heute nicht

17 Eckhard Jesse: Friedrich Ebert und das Problem der Handlungsspielräume in der deutschen Revolution 1918/19, in: Rudolf König/Hartmut Soell/Hermann Weber (Hg.): Friedrich Ebert und seine Zeit. Bilanz und Perspektiven der Forschung, München 1990; Horst Möller: Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985.

18 Peter-Christian Witt: Friedrich Ebert, Bonn 1987.

19 Hans Mommsen: Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand, München 2010, S. 39.

20 Alexander Gallus: Die vergessene Revolution 1918/19 – Erinnerung und Deutung im Wandel, in: ders. (Hg.): Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010 u. Bonn 2010 (Lizenzausgabe der

mit ihrem historischen Erbe, vor allem dem Eberts, zurechtzukommen; aber er begreift offensichtlich nicht, dass eine gediegene Streitkultur das Lebenselixier einer im Prinzip emanzipatorischen Bewegung ist (abgesehen von der lückenhaften und oberflächlichen Deutung, die Gallus vorlegt). Dies alles begreife ich als Teilstück des gar nicht mehr klammheimlichen Schwenks zu einem neuen Konservatismus der berühmt-berüchtigten deutschen rechten Mitte. Sie braucht eine Leitkultur, sie benötigt die Gemeinsamkeit einer nationalen Geschichte und ein deutsches Geschichtsbild, da sie doch inzwischen auch nicht mehr weiß, was „deutsch“ ist noch sein kann.

Blickt man nach links, findet man in dem Bändchen von Volker Ullrich über die Revolution 1918/19 eine modernisierte Wiederauflage der Rosenberg'schen Thesen aus dem Anfang der 1930er Jahre, verziert mit ein paar Anleihen bei Sebastian Haffner.<sup>21</sup> Aber das wäre Stoff für einen vernünftigen Streit. Völlig anders ist die Situation, wenn man ganz nach links schaut. Dort halten sich jene auf, die die alten Fanfarenstöße noch kennen (und manche Lieder dazu): „Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten“. Kein Geringerer als Oskar Lafontaine bläst die Fanfare unter Rückgriff natürlich auf Haffner am lautesten: Die sozialdemokratischen Führer seien diejenigen gewesen, die 1918/19 die „Weichen für die unselige Geschichte der Weimarer Republik“ gestellt haben.<sup>22</sup> Nicht alle in der Partei „Die Linke“ denken so kategorisch; es ist ja bekannt, dass gerade Renegaten die heftigsten Angreifer sein können.

Auch parteipolitisch wohl unabhängige Linksradikale wie Klaus Gietinger und Karl Heinz Roth haben vor kurzem die unbewiesene und unbeweisbare Behauptung wiederholt, Ebert und vor allem Noske hätten ihre Zustimmung (nicht den Befehl) für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegeben.<sup>23</sup> Abenteuerlich ist ihre Begründung dafür: Die Sozialdemokratie hatte eben zu dieser Zeit einen völkisch-hypernationalen und antisemitischen, also faschistoiden Habitus. Mit genüsslicher Süffisanz wird deshalb der Friedrich-Ebert-Stiftung empfohlen, ihren Namen zu ändern. Das ist natürlich keine seriöse Historiografie mehr, sondern eine historisch verkleidete Ideologisierung zum Zwecke politischer Instrumentalisierung und nur als solche ernst zu nehmen.

Wir aber bleiben dabei, dass Historiker und Biografen allemal weder Ankläger noch Verteidiger und schon gar nicht Richter der Geschichte sind. Sie können bestenfalls Erklärer sein – mit dem Nachtragswissen privilegiert, das den einst Handelnden verwehrt war. Aus solcher Sicht gilt für Friedrich Ebert, dass er es war, der entscheidend den deutschen sozialen Rechts- und Verfassungsstaat zu begründen geholfen hat, und insofern ist auch die Revolution nicht gescheitert. Die Sozialdemokraten galten nun nicht mehr als eine Ansammlung von roten Hochverrätern, sondern wurden die Träger der beginnenden Demokratisierung der alten Klassengesellschaft.

Bundeszentrale für politische Bildung).

21 Volker Ulrich: Die Revolution von 1918/19, München 2009.

22 Rede auf dem Parteitag der Partei „Die Linke“ 2008 in Cottbus, zit. bei Gallus: Die vergessene Revolution, S. 20.

23 Vgl. Klaus Gietinger/Karl Heinz Roth: Die Verantwortung der Sozialdemokratie für die Morde der deutschen Gegenrevolution im Jahr 1919, in: Sozial.Geschichte 22 (2007).